

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (0228) 2190 38/39  
Telex: DB 86 846 ppbn d



## Inhalt

Egon Bahr MdB, Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung, warnt die US-Regierung vor übereilten Schlüssen in ihrer Europapolitik.

Seite 1

Günther Jansen MdB, SPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein, wertet die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein.

Seite 2

Peter Klein, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, stellt dar, warum die Sozialdemokraten in den letzten Jahren bei Kommunalwahlen weniger günstig abschnitten.

Seite 3/4

Wilhelm Nöbel MdB nimmt Stellung gegen eine Fusion der großen Verlage Burda und Springer.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 812-1

37. Jahrgang / 45

9. März 1982

Antiamerikanische Republikaner?

Ein Wort zu den Interessen der USA in Europa

Von Egon Bahr MdB

Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung

Der Irrgarten westlicher Politik wird vervollständigt: Neuerdings kann man hören, wie Senatoren und Vertreter der Administration über Wert und Unwert des Rückzugs der Amerikaner aus Europa argumentieren. Hoffentlich beginnt nicht nun auch eine solche törichte Diskussion bei uns. Wenn sie beginnen würde, könnte sie jedenfalls nicht unter den Begriff des Anti-Amerikanismus gestellt werden. Es sei denn, man fände heraus, daß bei den Republikanern in Amerika sich Anti-Amerikanismus breit macht.

"Ami go home", so lautete der kommunistische Slogan in den 60er Jahren. Es gehört zu den Erfolgen sozial-liberaler Ost- und Entspannungspolitik, daß er verstummt ist. Im Ergebnis unserer Politik hat die Sowjetunion akzeptiert, in Berlin und in Helsinki, daß Sicherheitsfragen in und für Europa nicht mehr ohne die Vereinigten Staaten zu lösen sind und die USA zeitlich unbegrenzt in Europa bleiben werden. Wenn Amerikaner heute mit dem Gedanken spielen, ihre Truppen nach Hause zu bringen, so nehmen sie auf ihre Art auf, was Kommunisten schon früher gefordert haben. So übersehen sie, daß wir uns dann die Zählerei bei den Verhandlungen über ausgewogene Truppen-Reduktionen in Wien ersparen und die sowjetischen Forderungen gleich unbesehen akzeptieren können. So übersehen sie, daß damit die westliche Verhandlungsposition für Genf unterminiert wird: ohne amerikanische Truppen in Europa gibt es auch keine amerikanischen Raketen in Europa.

Wenn die Senatoren in Washington ernst genommen werden wollen, müssen sie sich etwas Besseres ausdenken. Wir können bis auf weiteres davon ausgehen, daß die USA ihren Interessen folgen und das ist nicht der Rückzug aus Europa.

(-/8.3.1982/ks/hgs)



### Wir haben die Wahl verloren

Zu beweisen ist, daß wir keine Schönwetter-Partei darstellen.

Von Günther Jansen MdB

SPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein

Wir haben diese Kommunalwahl verloren. Zum zweiten Mal innerhalb der letzten zehn Jahre haben die Bürger in Schleswig-Holstein an den unbestrittenen Leistungen der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker vorbei der SPD insgesamt einen Denkartel verpaßt. Wie schon 1974 muß auch dieses Wahlergebnis als Reaktion der Wähler auf die politische Gesamtsituation und insbesondere auf das Erscheinungsbild der Sozialdemokraten in der Partei wie in der Regierung gewertet werden. Unsere Wahlniederlage ergibt sich fast ausschließlich aus dem sozialdemokratischen Wählerpotential, das nicht zur Wahl gegangen ist und - wenn auch zu einem geringeren Anteil - aus den enttäuschten SPD-Wählern, die diesmal einer der grünen Protestgruppen die Stimme gegeben haben.

Neben unseren hohen Verlusten und dem überraschend starken Abschneiden der verschiedenen grünen Gruppen ist bemerkenswert, daß die CDU in Schleswig-Holstein trotz eines einprozentigen Plus im Wahlergebnis real 2.000 Stimmen gegenüber der letzten Kommunalwahl eingebüßt hat. Diese Tatsache, zusammen mit der außergewöhnlich geringen Wahlbeteiligung, läßt das Wahlergebnis - bei aller Enttäuschung - für die kommende Landtagswahl in Schleswig-Holstein nicht ganz so schwarz aussehen.

Wenn wir uns mit den Gründen für das Protest-Verhalten der Wähler auseinandersetzen, sind wir auch schon bei den Konsequenzen, die aus unserem Wahlergebnis nicht nur für die SPD Schleswig-Holstein, sondern auch für die Bundes-SPD und vor allem für die in diesem Jahr noch stattfindenden Landtagswahlen zu ziehen sind:

1. Die Sozialdemokraten werden erst wieder Boden unter den Füßen bekommen, wenn der traditionellen SPD-Wählerschaft überzeugend dargestellt wird, daß die SPD in Regierungsverantwortung und Parteiarbeit in der Lage ist, sichtbare Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzupfeilen und eine gerechte Sparpolitik durchzusetzen.
2. Die Sozialdemokraten müssen vor allem bei den gesellschaftlich umstrittenen Themen, wie der Finanz-, Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, den Fragen des Umweltschutzes und der Friedenssicherung klare Ziel- und Wegvorstellungen formulieren, die den Bürgern mehr als heute die Sozialdemokratie als unverwechselbare Alternative gegenüber den anderen Parteien aufzeigt.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Ziele kann und muß auf dem Münchner Bundesparteitag der SPD gemacht werden. Dabei kann es in München nicht nur darum gehen, in den verschiedenen Sachbereichen Positionen zu erkämpfen, es muß auch darum gehen, die errungenen Positionen so klar wie möglich und so geschlossen wie möglich nach außen zu vertreten. Die Sozialdemokratie muß in dieser Bewährungsprobe beweisen, daß sie keine Schönwetterpartei ist, sondern auch und gerade in schwierigen Zeiten zusammensteht.

(-/9.3.1982/va-he/va)



### Noch eine verlorene Kommunalwahl !

Sind denn keine Konsequenzen in Sicht ?

Von Peter Klein

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (SGK)

Nach der Bundestagswahl im Oktober 1980 hat die SPD die vier nachfolgenden Wahlen deutlich verloren: in Hessen im März 1981, in Berlin im Mai 1981, in Niedersachsen im September 1981 und in Schleswig-Holstein im März 1982. Alles deutet darauf hin, daß sich dieser Trend bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, Hamburg, Hessen und Bayern fortsetzen wird, wenn sich nicht Entscheidendes ändert. Die Zeit ist vorbei, in der jeder verantwortliche Sozialdemokrat auch nur ansatzweise den Versuch machen dürfte, die eigentlichen Ursachen für die herben Wahlverluste zu vernebeln. Und wenn man diese Ursachen nicht weiß, dann muß diese Partei anfangen, daran zu arbeiten. Denn wenn es so weiter geht, ist der 30-Prozent-Turm nicht mehr weit, den wir als Volkspartei glaubten in 20 Jahren längst überwunden zu haben.

Es reicht heute meines Erachtens nicht mehr aus, vor allem darauf hinzuweisen, daß es der SPD nur nicht ausreichend gelungen sei, ihre Wähler zu mobilisieren. Früher haben wir auch Kommunalwahlen gewonnen bei gleich niedrigen Wahlbeteiligungen, wie sie in den letzten vier Wahlen festzustellen waren. Es muß sich etwas verändert haben. Dem nachzuspüren ist notwendig. Sicherlich wird es richtig sein, daß Mobilisierungseffekte für die SPD zu gering ausgeschlagen sind. Dies wird meines Erachtens aber eher einen Hinweis auf die Unzufriedenheit der Wähler mit der SPD geben, als daß es für sie Anlaß sein könnte, solche Ergebnisse als Betriebsunfall hinzunehmen.

Vier verlorene Wahlen nacheinander sind kein Betriebsunfall mehr. Die SPD, so ist die heute am meisten gängige These, hat insbesondere an "Grüne" oder "Alternative" verloren. Da ist sicherlich auch etwas dran. Aber auch dies ist mehr Vermutung und Interpretation der Zunahme dieser politischen Gruppierungen. So gut wie gar nicht wird bisher ausreichend ins Auge genommen, daß sich die CDU bei allen Wahlen und trotz der Konkurrenz verschiedenster und mehr Parteien bei Zuwächsen stabilisiert hat. Mindestens genauso wie bisher immer vermutet wird, daß mangelnde Wahlbeteiligung und Abgeben an die "Grünen" entscheidend für die SPD ist, muß auch ins Auge gefaßt werden, daß die SPD an die CDU verloren hat, ohne daß bisher die traditionelle Wahlforschung dies in ausreichender Weise nachgewiesen hat.

Das Beispiel der Kommunalwahlentwicklung in Schleswig-Holstein zeigt, wie brüchig die moderne These von der mangelnden Wahlbeteiligung zu Lasten der SPD geworden ist, die die Wahlverluste der SPD erklären soll. In Schleswig-Holstein hat die SPD ihr bestes Ergebnis von 43,5 Prozent im Jahre 1970 bei einer relativ geringen Wahlbeteiligung von 72,3 Prozent gehabt. Ihr schlechtestes Ergebnis hatte sie bei der höchsten Wahlbeteiligung, die es in Schleswig-Holstein nach 1945 gegeben hat, im Jahre 1974: 35,6 Prozent Wahlergebnis für die SPD bei 79,2 Prozent Wahlbeteiligung. Jeder wird sich daran erinnern, daß sich die SPD damals bundesweit in einem ähnlichen zeitlichen Abstand zur vorangegangenen Bundestagswahl in einem schweren politischen Tief befand. Dies hat sich damals in dem miserabelsten Wahlergebnis ausgedrückt. Damals schon hat der städtische Raum gegenüber dem ländlichen Raum "noch" sensibler auf die SPD reagiert. Auch heute sind die schlimmsten Wahlverluste in Schleswig-Holstein in den großen Städten festzustellen.



Gesundbeten wird nichtmehr helfen. Alle Kräfte in der Partei sind dazu aufgerufen, daran zu arbeiten, zum einen die Ursachen für diese Entwicklungen möglichst schonungslos auf den Tisch zu legen, als auch andererseits sich dazu zu verpflichten, in Zukunft auch Kommunalwahlen in ihrer Abhängigkeit zur Großwetterlage ernster zu nehmen.

Die strategischen Fragen, die sich stellen, können sich nicht allein darauf fast entscheidend konzentrieren, daß man sozusagen eine hohe Mobilisierung der Stammwählerschaft erreichen müßte. (Zumal wenn das offensichtlich nicht gelingt.) Sie müssen vielmehr wieder stärker darauf gerichtet werden, ob es nicht notwendig ist, im politischen Kampf dem politischen Gegner tatsächlich auch Stimmen abzugeben. (Vielleicht mobilisiert das dann auch mehr.) Und dies kann dann nicht nur für die "Grünen", sondern dies muß zuerst auch für die CDU gelten. Denn eins ist sicher: auf Dauer wird der eigentliche politische Gegner der SPD auch weiterhin die CDU/CSU sein. Ob die "Grünen" und "Alternativen" "historisch" durchhalten und immer zu solchen oder noch besseren Wahlergebnissen kommen, ist fragwürdig. Die Erfolge der SPD nach der Wandlung zur Volkspartei sind vor allem dadurch zustande gekommen, daß sie bis dahin nie gekannte Zunahmen bei den bürgerlichen Schichten und den stark konfessionell gebundenen Arbeitnehmerschichten im Laufe der 50er und 60er Jahre erzielen konnte.

Kommunalpolitiker beschwören schon seit langem die Befürchtung, daß das regelmäßige Verlieren bei Kommunalwahlen für die SPD auf Dauer zu konstanten Verlusten sowohl bei den Landtagswahlen als auch bei der Bundestagswahl führen könnte. Und was das Schlimmste dabei ist: daß dadurch die Einflußmöglichkeiten der SPD sowohl im Bund als auch in den Ländern als auch in zunehmend mehr Städten außerordentlich gering werden. Gab es in unserer Demokratie über Jahrzehnte hinweg sozusagen das politische Korrektiv gegenüber absoluten oder ähnlichen Mehrheiten im Bund oder in manchen Ländern dadurch, daß die SPD insbesondere in den Groß- und Mittelstädten Verantwortung tragen konnte, so meldet sie sich heute auch in diesem Bereich sukzessive ab. Daß dies für breite Wählerschichten in Zukunft beachtliche Nachteile haben wird, wird man heute mehr vermuten als belegen können. Mancher Zyniker könnte allerdings sagen: Wenn die Wähler die SPD nicht wollen, sind sie selbst daran schuld. Diese These ist nicht nur gefährlich, sie ist falsch. Die Frage, die sich heute neuerlich für die Bürger stellt, ist, ob die SPD mit einer möglicherweise neu oder wieder zu formulierenden Politik der linken Mitte der einzige Garant für diese Bürger sein muß, noch dazu in Zeiten, die vor uns stehen und die offensichtlich aufgrund der gesamten weltwirtschaftlich negativen Entwicklung nicht besser, sondern eher schwerer auch für diese Bürger werden.

Kommunalwahlverluste in Serie und möglicherweise sich daran anschließende Serien von verlorenen Landtagswahlen werden vermutlich zum Wehklagen innerhalb der SPD führen. Dies wird nicht helfen. Vielmehr muß nach den Ursachen geforscht werden, und dies können nur alle Verantwortlichen gemeinsam erfolgreich tun, genauso wie sie in Zukunft nur gemeinsam (das heißt Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker) hoffentlich erfolgreich politische Inhalte wie Strategien entwickeln und dann auch anwenden.

(-/9.3.1982/va-he/va)



**Fusion Springer/Burda findet nicht statt**

---

**Karl-Hermann Flachs Erbe verpflichtet**

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Medienpolitischer Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Skepsis hin - Skepsis her: Graf Lambsdorff unterschreibt nicht. Er kann doch gar nicht anders. Morgen findet im Bundeswirtschaftsministerium die öffentliche Anhörung in Sachen Springer/Burda wegen der von diesen Verlegern beabsichtigten "Elefantenhochzeit" statt. Nach Lage der Dinge nur noch eine reine Verfahrensfrage.

Erstens: Zwar ist der Bundesminister für Wirtschaft an das Urteil des Kartellamtes und die Stellungnahme der Monopolkommission nicht gebunden. Ohne jeden Zweifel aber kann der Minister die Eindeutigkeit der Aussagen nicht zur Farce werden lassen. Nicht umsonst auch war er ja qua Gesetz verpflichtet, ein Sondergutachten der Monopolkommission einzuholen. Und dieses Gutachten entkräftet nun, wie es deutlicher nicht geht, die Argumentation der Antragsteller in der Sache in jedem Punkt. Sehr Überzeugend.

Zweitens: Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Meinungsvielfalt und zu den Gewährleistungen des Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes stehen dem Ansinnen der Antragsteller diametral entgegen. Daran kommt der Minister nicht vorbei.

Drittens: Diese verfassungsrechtliche Situation ist Grundlage der Politik der Bundesregierung:

"Für die künftige Erhaltung der Pressevielfalt sollte nach Auffassung der Bundesregierung insbesondere davon ausgegangen werden, daß ein bestmögliches Angebot wirtschaftlich und publizistisch leistungsfähiger voneinander unabhängiger und miteinander im Wettbewerb stehender Informationsträger insgesamt eine größere Informations- und Meinungsvielfalt erwarten läßt und den Freiheitsraum des Bürgers erhöht. Eine Konzentration auf wenige marktbeherrschende Unternehmen hingegen verengt den Spielraum für eine inhaltlich vielgestaltige Presse. Das kann auch durch unternehmensinterne Vorkehrungen zur Sicherung der Vielfalt in einzelnen Presseorganen wegen des fortwirkenden einheitlichen Unternehmensinteresses auf Dauer nicht verhindert, allenfalls unter günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zeitweise aufgeschoben werden. ...Deshalb ist die Erhaltung der Vielfalt der Presse im Sinne einer externen Pluralität unabdingbar."



Die Auffassung der Monopolkommission stützt diese Haltung der Bundesregierung grundsätzlich und mit weitergehenden detaillierten Ableitungen. Unter anderem wird betont, daß "der wirtschaftliche Wettbewerb die beste Voraussetzung für den publizistischen Wettbewerb und damit für die verfassungsrechtlich gebotene Meinungsvielfalt ist".

Durch einen Zusammenschluß Springer/Burda werde jedoch die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer Verlage eingeschränkt. Was die Existenzfrage der Zeitung "Die Welt" betreffe, könne gerade durch den Zusammenschluß das sich wirtschaftlich nicht tragende Blatt eher verschwinden als jetzt.

Viertens: Ganz abgesehen davon, daß die Koalitionsfraktion SPD eine Springer/Burda-Fusion als eine Art Neuauflage des Hugenberg-Desasters der Weimarer Zeit empfinde und die Bemühungen und Erfolge der sozial-liberalen Bundesregierung im ohnehin schwierigen Bereich der Fusionskontrolle einfach in den Wind geschlagen sähe, kennt der liberale Wirtschaftsminister natürlich die Beschlußlage seiner eigenen Partei.

Die Leitlinien liberaler Medienpolitik, geboren aus dem Geist des unvergessenen Karl-Hermann Flach, beschlossen 1973 auf dem 24. Ordentlichen Parteitag der FDP befassen sich sehr ausführlich mit den "Problemen der Konzentration und Strukturfragen" sowie mit dem "Vertriebssystem".

Da ist von Maßnahmen die Rede, die es in sich haben. "Entmonopolisierung" wird offensiv vertreten. Und: Wenn die Vermutung richtig ist, die Antragsteller streben den Einstieg in die sogenannten "Neuen Medien" an, zieht auch hier der FDP-Satz völlig klar: "Zusammenschlüsse von Presseunternehmen mit Rundfunkunternehmen im weitesten Sinne sind verboten."

Fazit: Bei dieser Beschlußlage ist nun wirklich nichts zu machen: Kartellamt, Monopolkommission, Bundesverfassungsgericht, Bundesregierung, SPD und FDP. Die CDU hält sich bedeckt. Sie könnte ja wohl auch nicht widersprechen. (-/8.3.1982/ks/va)

+ + +

